

## Kurzum | von Kai Burmeister



**Kai Burmeister** ist DGB Bezirksvorsitzender in Baden-Württemberg und Mitglied der spw-Redaktion.

Foto: DGB/J. Röttgers

Wie wird der Herbst zwischen heißem Sommer und kühlem Winter? An dieser Stelle reden wir nicht über das Wetter. Eher schon geht es um die Frage, für wen die Wohnung kalt bleiben könnte. Sicher nicht für alle, die Spaltung droht sich – wenig überraschend – entlang des Kontostands zu vollziehen. Hier geht es – ganz klassisch wie in einem Magazin der sozialdemokratischen Linken – um die zu führenden verteilungspolitischen Auseinandersetzungen des Jahres und vielleicht auch um die Grundbedingungen für ein sozialdemokratisches Jahrzehnt in den 2020er Jahren.

Wenn die von der SPD-Parteiführung ausgerufenen anstehende Dekade tatsächlich mit Leben gefüllt werden soll, muss die Sozialdemokratie die verteilungspolitischen Leerstellen angehen und die Konflikte innerhalb der Koalition und mit der rechten Opposition offensiv führen. Wenn es um ein sozialdemokratisches Jahrzehnt gehen soll, dann müssen alle über die aktuelle Legislaturperiode hinausdenken, um bestehende Blockaden zu überwinden.

Eine gute Vorlage hierfür brachte Anfang Juni das rot-grün-rot regierte Bremen in den Bundesrat ein. Mit einer zeitlich befristeten Steuer sollen die kriegsbedingten Übergewinne bei Konzernen der Mineralölindustrie und anderen leistungslosen Übergewinnbeziehern abgeschöpft und zur Refinanzierung der bisherigen und künftigen Entlastungspakete genutzt werden.<sup>1</sup> Pflichtschuldig diffamierte die FDP den Bremer Vorschlag als willkürlich und mar-

kierte damit gleichzeitig den hohen politischen Symbolgehalt dieser Initiative.

Der Bremer Antrag trägt neben der konkreten steuerrechtlichen Absicht vor allem dazu bei, die verteilungspolitische Schieflage und deren im Kern demokratiefeindlichen Folgewirkungen zu thematisieren. Die SoziologInnen Linda Beck und Linus Westheuser haben jüngst unter der Überschrift „Verletzte Ansprüche“ die Sichtweise von ProduktionsarbeiterInnen untersucht und dabei skeptische wie illusionslose Befunde hervorgeholt.<sup>2</sup> Die *Arbeiterkritik in der demobilisierten Klassengesellschaft* zielt dabei auf gewaltige Lücken in der Wahrnehmung der Verteilungsgerechtigkeit, in der sozialen Anerkennung und in der politischen Repräsentation. Kurzum: Die linken und fortschrittlichen Teile der SPD müssen sich jetzt diesem Befund – nicht soziologisch, sondern mit politischen Forderungen und verständlicher Kommunikation – annehmen. Grüne und Liberale werden andere Themen haben, hier existiert ein Alleinstellungsmerkmal zur politischen Profilierung jenseits von Marktgläubigkeit und Hipster-Lifestyle.

Die steigenden Preise fürs Wohnen, Heizen, Essen und für Mobilität belasten die Haushalte bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Die beiden beschlossenen Entlastungspakete haben die Folgen für die privaten Haushalte temporär gedämpft, aber nicht gänzlich ausgeglichen. Auch wenn die Inflationsrate den Prognosen nach sich im nächsten Jahr abflacht und die Preisrallye sich damit verlangsamt, gegenüber dem Vor-Kriegs-Niveau werden die Preise aller Wahrscheinlichkeit nicht wieder sinken. Die hohen Preise wirken entsprechend über die einmaligen Entlastungen hinaus. Soll die große Mehrheit nicht unter dem dauerhaften Kaufkraftverlust leiden, so sind weitere und dauerhaft wirkende Entlastungen rund ums Wohnen, Mobilität und Kochtopf geboten. 2023 droht die ökonomisch unsinnige, aber politisch existierende und mit Verfassungsrang versehene Schuldenbremse wieder Anwendung

<sup>2</sup> Beck, Linda, Westheuser, Linus. Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. Berlin | Soziol (2022). Online unter: <https://doi.org/10.1007/s11609-022-00470-0>.

<sup>1</sup> siehe hierzu den Beitrag von Arne Heise in diesem Heft.

zu finden. Bis zum Herbst geht es jetzt um weitere Entlastungen in einem Nachtragshaushalt 2022. Diesmal natürlich auch für RenterInnen und StudentInnen, die nicht wieder vergessen werden dürfen.

Neben den politischen Auseinandersetzungen rund um die Sekundärverteilung dürfte der Herbst auch in den Betrieben der Metall- und der chemischen Industrie konfliktreich und aktionsorientiert werden. Für beide Industriebranchen stehen Tarifverhandlungen für mehrere Millionen Beschäftigte an und die Erwartungshaltung in den Belegschaften an die Gewerkschaften ist angesichts hoher Lebenshaltungskosten und einer vielfach exzellenten Geschäftslage der Unternehmen hoch. Kurzum: Der Sommer mag klimatisch heiß werden, der Herbst muss in Politik und Betrieben heiß werden, damit alle gut über den Winter kommen.

Die Aufgabenstellung der solidarischen Bewältigung der innenpolitischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges ist der eine Teil. Der andere unbewältigte Teil jeder sozialdemokratischen Revitalisierungsstrategie liegt in der Aufwertung des Sozialstaats, deren Defizite mit Corona noch offensichtlicher wurden und in dem ökologischen Umbau der Industrie unter sozial- und beschäftigungspolitischen Vorzeichen. Und wieder wird es nicht ohne die Frage gehen, wer die dafür notwendigen Rechnungen bezahlt. Kurzum: Verteilungspolitik von fortschrittlicher Politik und Gewerkschaft erfordert einen langen Atem über alle Jahreszeiten hinweg. ■